

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

34. Sitzung

öffentlicher Teil

am Donnerstag, dem 20. April 2006, 11:40 Uhr,
in Sitzungszimmer 383 der SPD-Fraktion

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Olaf Schulze (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Wirtschaftsministers über die Subventionierung der neuen Fluglinie Kiel-München	4
2. Einwilligung in eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den Kauf von antiviralen Medikamenten im Rahmen der Influenza-Pandemieplanung	7
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/717	
3. Erhöhung der Pauschalabgabe auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zurücknehmen	8
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/631	
4. Information/Kennntnisnahme	9
5. Verschiedenes	12
6. Mit Haushaltsmitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderte Vorhaben im Bereich der gewerblichen Wirtschaft	
(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 2 GeschO)	
(siehe nicht öffentlichen und vertraulichen Teil der Sitzung, Seite 15)	

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 11:40 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Wirtschaftsministers über die Subventionierung der neuen Fluglinie Kiel-München

Der Vorsitzende kritisiert im Namen des Finanzausschusses, dass der Wirtschaftsminister den Finanzausschuss entgegen dem Haushaltsrecht bis zum heutigen Tage über Verschiebungen innerhalb des Schleswig-Holstein-Fonds und über seine Entscheidung zur Subventionierung der neuen Fluglinie Kiel-München nicht informiert habe. Er erwartet bei vergleichbaren Fällen zukünftig eine zeitnahe schriftliche Unterrichtung rechtzeitig vor der Ausschusssitzung.

M Austermann trägt vor, er freue sich, dass es gelungen sei, den Flugbetrieb am Regionalflughafen Kiel-Holtenau mit der vorhandenen Infrastruktur fortzuführen und eine neue Linienverbindung nach München aufzubauen. Die Verbindung von Kiel nach München, das sich zunehmend zur Drehscheibe für Urlaubsreisende entwickle, biete große Chancen für eine erfolgreiche Entwicklung. Am 20. März habe die Staatssekretärsrunde und am 21. März 2006 wegen der grundsätzlichen Bedeutung das Kabinett einer Umschichtung von Mitteln innerhalb des in Einzelplan 11 etatisierten Schleswig-Holstein-Fonds zugunsten der institutionellen Förderung der Kieler Flughafengesellschaft und zulasten des Schiffbaus, wo sich ein geringerer Mittelbedarf abzeichne, zugestimmt. Unmittelbar danach seien das Parlament und die Öffentlichkeit darüber unterrichtet worden.

Die Fluglinie Kiel-München werde über einen Zeitraum von drei Jahren mit insgesamt 2 Millionen € degressiv bezuschusst. Das Land werde die Fluglinie im Jahr 2006 mit 474.000 €, im Jahr 2007 mit 407.000 € und im Jahr 2008 mit 116.000 € bezuschussen. Kalkulationsgrundlage für den maximalen Zuschuss sei eine Auslastung des 35-sitzigen Flugzeuges von 25 Plätzen. Der Minister sagt zu, dem Ausschuss unverzüglich einen schriftlichen Bericht über die Subventionierung der neuen Fluglinie sowie den mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag zuzuleiten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert er, im Vertrag seien ein Sonderkündigungsrecht des Unternehmens und die Möglichkeit einer einvernehmlichen Vertragsauflösung verankert. Die

befristete, degressive Unterstützung der Fluglinie sei EU-rechtlich zulässig, schaffe 15 neue Arbeitsplätze und sei ein Beitrag zur Weiterführung des Flughafens Kiel-Holtenau. Die Chancen für die Einrichtung einer Flugverbindung nach Frankfurt schätze er pessimistisch ein.

Abg. Spoorendonk kritisiert, dass der Wirtschaftsminister seine Informationspflicht gegenüber dem Parlament nicht ernst nehme und den Finanzausschuss von sich aus über die Mittelumschichtung zulasten der Wettbewerbshilfe für den Schiffbau nicht informiert habe.

M Austermann entgegnet, es handele sich um Mittel aus dem neuen Programm zur Innovationsförderung für die schleswig-holsteinischen Werften, die in der eingestellten Größenordnung nicht in Anspruch genommen würden.

Abg. Kubicki bezeichnet die finanzielle Unterstützung der neuen Fluglinie durch die öffentliche Hand als wirtschaftspolitische Fehlentscheidung und Verschwendung von Steuergeldern, weil der Kieler Flughafen - wie die Vergangenheit zeige - wirtschaftlich nicht zu betreiben sei. Er sagt voraus, dass die Fluglinie ihren Betrieb in spätestens eineinhalb Jahren einstellen werde, und fragt den Wirtschaftsminister nach seiner Prognose der Auslastung und Zukunft der Fluglinie.

M Austermann äußert, er sei davon überzeugt, dass die Fluglinie von Kiel nach München die nächsten drei Jahre und darüber hinaus fliegen werde, was voraussetze, dass sie zu mindestens 50 % ausgelastet sei. Fragen von Abg. Sauter beantwortet er dahin, die Preise für einen Flug nach München seien in Kiel und Hamburg ähnlich. Die schriftliche Zusicherung des Unternehmens zur Schaffung von 15 neuen Arbeitsplätzen werde dem Finanzausschuss ebenfalls zugeleitet.

P Dr. Altmann erklärt, die Finanzierung einer beschäftigungswirksamen Maßnahme aus dem Schleswig-Holstein-Fonds sei grundsätzlich möglich. Der Landesrechnungshof bezweifle allerdings aufgrund der Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit mit dem Kieler Flughafen, dass die Fluglinie langfristig ohne öffentliche Finanzhilfe betrieben werden könne. Auch das Beihilferecht der EU fordere eine zuverlässige und begründete Prognose und den Nachweis der Rentabilität der Strecke.

Abg. Arp dagegen betont die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens für die Landeshauptstadt.

Auf Fragen der Abgeordneten Kubicki und Spoorendonk erwidert M Austermann, es gehe darum, die Substanz des Kieler Flughafens zu erhalten, 35 bestehende Arbeitsplätze zu si-

chern und 15 neue zu schaffen. Daher bemühe man sich weiter um andere Destinationen. Das Land werde allerdings keine weiteren Linien finanziell unterstützen. Das Gutachten zum Schnellbahnkorridor zwischen Kiel - Hamburg Airport - Hamburg Hbf werde in Kürze vorliegen und nächste Woche im Wirtschaftsausschuss behandelt.

Der Finanzausschuss nimmt den mündlichen Bericht des Wirtschaftsministers zur Kenntnis und erwartet die vom Minister zugesagte Vorlage eines schriftlichen Berichts sowie die Zuleitung des Vertrages inklusive der Erklärung zur Schaffung von 15 Arbeitsplätzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Einwilligung in eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den Kauf von antiviralen Medikamenten im Rahmen der Influenza-Pandemieplanung

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/717

Abg. Herdejürgen und Abg. Müller fragen nach Einzelheiten der Deckung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung, die ausweislich des Schreibens des Finanzministeriums, Umdruck 16/717, aus Einzelplan 10 erfolgen solle.

St Dr. Wulff erläutert, die Deckung solle durch die Erhöhung der Einsparsumme im Zuge der Haushaltsberatungen 2007/2008 durch alle Ressorts erfolgen. Das Sozialministerium habe deutlich gemacht, dass es im Rahmen der Haushaltsvorschläge 2007/2008 die Mittel nicht aus eigener Kraft werde aufbringen können. Das Kabinett habe deshalb auf Bitten des Sozialministeriums beschlossen, dass die Mittel für die Bezahlung der Medikamente aus allen Ressorts zusammengezogen werden sollten.

Der Finanzausschuss beschließt einstimmig, der Vorlage des Finanzministeriums zur Einwilligung in eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den Kauf von antiviralen Medikamenten im Rahmen der Influenza-Pandemieplanung, Umdruck 16/717, seine Zustimmung zu erteilen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Erhöhung der Pauschalabgabe auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zurücknehmen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/631

(überwiesen am 22. März 2006 an den **Finanzausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Finanzausschuss beschließt, seine Beratungen bis zur Vorlage eines Votums des beteiligten Sozialausschusses zurückzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/598 - E-Government
Umdruck 16/599 - Frauenhaus Kiel
Umdruck 16/664 - Betriebsqualität Teilnetz West
Umdruck 16/680 - Eichdirektion Nord
Umdruck 16/681 - Ressortetatisierung von Ausgaben für Statistiken
Umdruck 16/682 - Wertberechnung in Nachlasssachen
Umdruck 16/683 - Friesischunterricht
Umdruck 16/684 - Personal der Kultusministerkonferenz
Umdruck 16/713 - Haushaltsreste 2005
Umdruck 16/714 - Innenrevision/Korruptionsbekämpfung
Umdruck 16/715 - Stelleneinsparungen GMSH
Umdruck 16/716 - Beförderungen in der Landesverwaltung

Der Ausschuss nimmt die Umdrucke 16/598, 16/599, 16/664, 16/682 und 16/713 zur Kenntnis.

Im Zusammenhang mit der Vorlage des Wirtschaftsministeriums zur **Eichdirektion Nord**, Umdruck 16/680, bittet der Finanzausschuss die Landesregierung um Vorlage des Jahresabschlussberichtes für das Jahr 2005 bis zum 1. Juli dieses Jahres. Er beschließt außerdem, sich nach Vorlage des Jahresabschlusses erneut mit dem Thema zu befassen und es auch zum Gegenstand der gemeinsamen Sitzung mit dem Finanzausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zu machen. Darüber hinaus nimmt er die Vorlage zur Kenntnis.

Zur Vorlage des Innenministeriums zur **Ressortetatisierung** von Ausgaben für **Statistiken**, Umdruck 16/681, möchte P Dr. Altmann wissen, wie hoch der Umfang der im ersten Schritt erfassten Haushaltsmittel für die Ressortetatisierung auf neue oder geänderte Statistiken sei und wann mit einer Ressortetatisierung für den gesamten Bereich zu rechnen sei. - Der Ausschuss stellt seine Beratungen zu Umdruck 16/681 bis zur Beantwortung der Fragen durch die Landesregierung zurück.

Der Finanzausschuss nimmt die Vorlage des Bildungsministeriums zum **Friesischunterricht**, Umdruck 16/683, zur Kenntnis und erbittet nach Vorlage der Evaluierung im Juli 2006 einen weiteren Bericht der Landesregierung zu diesem Thema im Ausschuss.

Zur Vorlage des Bildungsministeriums zum **Personal der Kultusministerkonferenz**, Umdruck 16/684, bittet der Ausschuss die Landesregierung um Auskunft darüber, in welcher Weise sich der Stellenabbau der KMK auf den Landeshaushalt auswirken werde. - Er nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Im Zusammenhang mit der Vorlage des Innenministeriums zur **Innenrevision/Korruptionsbekämpfung**, Umdruck 16/714, möchte Abg. Kubicki wissen, wann mit einem Abschluss der Erörterung des Themas Einrichtung eines Ombudsmanns in Korruptionsangelegenheiten im Innen- und im Finanzministerium zu rechnen sei. - St Dr. Wulff antwortet, das Thema sei am Rande der letzten Kabinettsitzung durch die beteiligten Staatssekretäre noch einmal erörtert worden und man habe sich jetzt auf eine Vorlage geeinigt, die dem Kabinett vorgelegt werde. Nach Verabschiedung im Kabinett werde man dann den Finanzausschuss darüber unterrichten. Vorbehaltlich des noch ausstehenden Kabinettsbeschlusses könne er schon jetzt mitteilen, dass das Finanzministerium und das Innenministerium beabsichtigten, eine Stelle für einen **Ombudsmann in Korruptionsangelegenheiten** zu schaffen. Diese Stelle solle entweder mit einem Anwalt oder mit einem ehemaligen Richter oder Staatsanwalt des Landes besetzt werden. Vorrangig solle versucht werden, einen Anwalt mit einer entsprechenden anwaltschaftlichen Verschwiegenheitspflicht für diese Aufgabe zu gewinnen. - Abg. Kubicki weist darauf hin, dass die Verschwiegenheitspflicht eines Anwalts nur gegenüber seinen Mandanten gelte, man seiner Auffassung nach jedoch eine Sonderstellung für diesen Ombudsmann schaffen müsse, die es ihm erlaube, beispielsweise auch gegenüber der anstellenden Körperschaft Verschwiegenheit zu wahren. - St Dr. Wulff erklärt, dass die Landesregierung zu gegebener Zeit die Hintergründe für ihre Entscheidung dem Ausschuss darlegen werde. - Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

P Dr. Altmann verweist im Zusammenhang mit der Vorlage des Finanzministeriums zu Stel-
leneinsparungen im Zusammenhang mit dem Übergang des Beschaffungswesens auf die **GMSH**, Umdruck 16/715, auf die zurzeit laufenden Prüfungen der Wirtschaftsführung der GMSH durch den Landesrechnungshof. Dabei werde auch der Personal- und Stellenübergang von der Landesverwaltung auf die GMSH geprüft, unter anderem auch durch eine Umfrage bei dem Personal in den Ressorts, das beim Übergang der Aufgaben an die GMSH verblieben sei. - Der Ausschuss beschließt, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen, und nimmt in Aussicht, das Thema im Zusammenhang mit seinen Beratungen der Bemerkungen des Landesrechnungshofs wieder aufzugreifen.

Abg. Müller bittet als Ergänzung zur Vorlage des Finanzministeriums zu **Beförderungen in der Landesverwaltung**, Umdruck 16/716, um eine Auflistung der Summen, die hinter den Beförderungen stünden, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressorts und getrennt zwischen Ministerien und nachgeordneten Bereichen. - St Dr. Wulff sagt dies zu und weist darauf hin, dass es sich bei allen aufgeführten Beförderungen um budgetmäßige Beförderungen aus dem Haushalt 2005 handle, die dadurch abgesichert seien. - Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Finanzausschuss stimmt dem Terminvorschlag des Haushaltsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft für die nächste gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse in Hamburg am Dienstag, dem 22. August 2006, 18 Uhr, zu.

Der Vorsitzende gibt als Termin für die Sondersitzung des Finanzausschusses mit der Vorstellung des Gutachtens zum Landeshaushalt durch Professor Dr. Seitz Freitag, den 5. Mai 2006, 13 bis 15 Uhr, in der Mittagspause der Plenartagung bekannt. - St Dr. Wulff weist darauf hin, dass an dieser Sitzung wegen der gleichzeitig stattfindenden Jahreskonferenz der Finanzminister in München weder der Minister noch er werden teilnehmen können.

Der Vorsitzende weist auf die Einladung der Steuerberaterkammer Schleswig-Holstein zur diesjährigen Mitgliederversammlung am Freitag, den 5. Mai 2006, um 11:15 Uhr, hin und stellt das Einvernehmen des Ausschusses darüber fest, dass er im Namen des Ausschusses ein Schreiben an die Steuerberaterkammer Schleswig-Holstein richten werde, in dem er die Kammer bitte, in Zukunft ihre Termine mit dem Terminplan des Finanzausschusses abzustimmen, und den Termin mit Hinweis auf die Plenartagung absagen werde.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 13:00 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

gez. Ole Schmidt

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführer